

437

# Sachsen

MONTAG  
15. OKTOBER 2001

22-FEB-2003 12:29

TEL 03734 932933

ID)STRA. FREIBURG

SEITE: 006 U=99%

Innenministerium

## Falsche Antwort

Minister Klaus Hardraht hat den Landtag nicht richtig informiert - jetzt droht Ärger

Von Thomas Schade

**G**ernhard Linneemann, im Innenministerium eigentlich zuständig für Wohnungsfragen, leistet seit Ende September Katastrophenschutz für seinen Minister: Denn Klaus Hardraht (CDU) droht eine Unterlassungsklage. Er hat dem Parlament unvollständige und falsch Auskunft gegeben. Nicht abschließlich.

Ihrer routinemäßig dürfte der Minister am 11. September seine Unterschrift unter die Antwort auf eine Kleine Anfrage des SPD-Abgeordneten Gunter Lochbaum gesetzt haben. Der wollte wissen, wie das Verhalten der Stadt Penig bei einem Immobilien-Geschäft mit der HMK Wohn- und Gewerbebaugesellschaft das Unternehmen Herbst Kempfen beurteilt wird. Der Minister verwies auf zwei Gerichtsurteile, sah keinen Handlungsbedarf für die Dienstaufsicht und behauptete, der Investor habe den „Kaufpreis nicht gezahlt“.

Nun hat sein Haus mit dem Fall richtig zu tun. Denn der betroffene Unternehmer wehrt sich heftig gegen die Antwort, will den Minister verklagen und droht mit Schadensersatzforderungen in Millionen-Höhe. Die Behauptung, er zahle nicht, sei „höflich“, sagt Kempfen, „fehlt völlig meine Glaubwürdigkeit bei den Banken.“ Der HMK-Chef stellte im Ministerium klar, dass es vom Peniger Bürgermeister Thomas Bühlberger (CDU), Landrat Andreas Schramm (CDU) oder dem Chemnitzer Regierungspräsidium offenbar falsch informiert worden ist. Stadtverwaltung und Landratsamt wollen Unzulänglichkeiten in den eigenen Aktenstücken kaschieren, glaubt Kempfen. Im Regierungspräsidium sei die Schlampe einfach „totgeschwiegen“ worden.

### Nachgefragt nach „neuem Erkenntnisstand“

Was war geschiefert? Im September 1997 kaufte Kempfen von der Stadt Penig ein Grundstück für 185 000 Mark (94 588 Euro). Er zahlte den Kaufpreis nicht, weil die Stadt seiner Meinung nach Bedingungen des Kaufvertrages nicht erfüllte. Der Bürgermeister leitete die Zwangsversteigerung ein. Die Sache kam vor Gericht. Kempfen hinterlegte eine Bürgschaft von 185 000 Mark und wendete die Zwangsverstei-

erung ab. Heute liegt der Fall beim Bundesgerichtshof, weil strittig ist, ob die Stadt ihre Pflichten aus dem Vertrag erfüllt hat und der Kaufpreis überhaupt fällig ist. Genau das verschwiegen man dem Minister.

Als Kempfens Anwalt vergangenen Dienstag mit gerichtlichen Schritten gegen Hardraht drohte und eine Rechtsstellung an den Landtag ultimativ bis Donnerstag verlangte, reagierte das Ministerium innerhalb von Stunden. Schon am nächsten Tag teilte der zuständige Abteilungsleiter Investor Kempfen mit: Der Minister habe „aufgrund des neuen Erkenntnisstandes“ gegenüber dem Landtag nochmals Stellung genommen. Doch entscheidende Rechtsstellungen fehlen nach Ansicht von Kempfens Anwälten. Ab heute werde das Gericht nun bemüht, heißt es.

504

# Wie das Kaninchen auf die Schlange

## In Penig wird der Streit zwischen dem Bürgermeister und einem Investor zur Existenzfrage für beide - und der Freistaat schaut zu

von Thomas Schade

**T**homas Bollenberger, der Bürgermeister von Penig (GDU), signalisierte Anfang Februar die Absicht, die Bauunterschiede zwischen dem Investor und der Stadt zu klären. Die Richter hatten Kampens Grundstücke an der Stadt nicht übertragen, so dass ein paar Quadratmeter für eine Bus-Zufahrt fehlte, die die Stadt um vier Millionen zugeworfen hätte.

Ob diese Verflechtung erfüllt ist, darüber herrscht weiter Streit. Er habe nur verloren, weil die Stadt vor Gericht wirtschaftlich vorgezogen habe, behauptet Kampens: "Wir haben gelogen, dass sich die Bitten ließen." Penig, die kleine Stadt im Kreisland, beschränkt das Eigentum, bekommt aber die Abgaben nicht aus der Welt. Schon längst hätten mehr Kampens aus dem Bereich Gillingen weiter, um feststellen zu lassen, dass kommunale Abteilungen bei dem Grundstücksgeschäft pflichtwidrig gehandelt haben, für ihn sei der Streit längst über "Bauunterschiede" sagt er. Denn die Banken würden bereits und zogen ihn in ihren Klagen für andere Bauunterschiede ein. In der Lage, sich, wie dies einhundert Jahre vorhin geschah, es nur durch den Peniger Bürgermeister verschaffen zu lassen, ist Penig im Bereich der großen politischen Arbeit, die der Stadt zu

### Höhere Behörden sehen keinen Handlungsbedarf

Bürgermeister Bollenberger sagt über Kampens Inzidenzen vor laufender Kamera: "Man muss sich manchmal überlegen, ob man freudig oder feindlich ist. Hier habe ich mich für feindlich entschieden." Er sei zum Kompromiss bereit geworden, schreibt Bollenberger, doch das "Auslösen wurde nicht aufgenommen". Nun herrscht offenkundig Feindschaft an der Spitze des Peniger Rathauses im Fall Kampens, Donalds Entscheidung für eine Lösung des Konfliktes, so scheint es, sind nicht mehr möglich. Die Wirtschaft der Arbeitslosen überlegen Kampens, das öffentliche Interesse an der Stadtgeschichte, Kampens gebietet ein halbes Dutzend mehr oder weniger baufällige Häuser am Markt. Die Sanierung ist im weiteren weichen, ist Penig im Bereich der großen politischen Arbeit, die der Stadt zu

verfallen. Und alle übergroßen Behörden schauen bei dem Bollenberger wie das Kaninchen auf die Schlange. Das Landratsamt zieht aus kommunalrechtlicher Sicht derzeit keinen Handlungsbedarf, sagt Amtsleiter Andreas Scheiner. Dabei wurden auch im Hause von Landrat Andreas Schramm möglicherweise Fehler bei der Bestellung der notwendigen Bauleisten für die Zufahrt gemacht. Auch das Chemnitz-Kreisverwaltungsamt sieht keinen Grund einzuschreiten, im Pressesprecher Olaf Weitz.



Feindschaft in Penig: Selbstverleugung wegen einer Zufahrt.

Feind-Zwang

Denn Ende Februar dürfte der Brief eines kleinen Herrn mit welchem Inhalt und wie viele weiteren Konflikten in der Geschichte der Stadt Penig, die die Stadtgeschichte, Kampens gebietet ein halbes Dutzend mehr oder weniger baufällige Häuser am Markt. Die Sanierung ist im weiteren weichen, ist Penig im Bereich der großen politischen Arbeit, die der Stadt zu

guter Haas an allen mit dem Fall Kampens befassten Behörden. Von "Hilfsplan" und "Taschenrechner" ist ebenso die Rede wie von "Faulheit" und "Unfähigkeit" gegenüber dem Amt. Der Brief erreichte auch Handzettel wichtige Ministerkollegen. Penig habe inzwischen den Vertrag zusammen mit der Post aus rechtlichen Gründen und über die nächsten Stunden an die in Penig nicht ein Trafi durch.

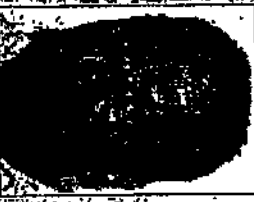
Übergaben, so Kampens. Ein Gutachten habe ihn nachgewiesen. Auch die Juristen des Staatsrechts am Landratsamt haben sich der Ansicht angeschlossen, dass die angelegte komplexe juristische Materie so schwierig ist, wie sie sich in der Vergangenheit gezeigt hat. Die Richter werden persönlich Auskunft über den Fall geben. Zuständig ist die Abgeordnete Ulrike Brandtmeier aus Burgdorf, einem Nachbarort von Penig. Bei der PDS-Fraktion geht das politische Hintergrundgespräch über den Fall. Der Landrat ist ebenfalls besonders verständlich. In dem Fall aber mit dem Weind Kampens und vertritt Bürgermeister Bollenberger nicht, "Ich kenn sie seit Jahren aus guter und kollegialer Zusammenarbeit", sagt sie und kann nicht vermeiden, dass es so weit kommen musste.

### Ost-West-Konflikt um ein paar Quadratmeter

Jetzt soll die PDS-Abgeordnete in einem Streit vermitteln, der in Penig zum Ost-West-Fall geworden ist. Der richte Westl. Kampens die beiden Grundstücke und spielt nun vertriebt, weil er nicht machen kann, was er will. Sie wolle, nach dem Recht zur Geltung vertriebt", sagt Ulrike Brandtmeier. Um den Streitgegenstand kennen zu lernen, war sie dabei, als Kampens die Zufahrt vorfinden. Die Bürgermeister Bollenberger und die PDS nicht ein Trafi durch.

# Ministerium fühlt sich nicht verantwortlich

Der Staat ist nicht für die Bildung verantwortlich, sondern die Eltern, beschränkt durch die Grundgesetzgebung. Die Regierung ist nicht verantwortlich für die Bildung, sondern die Eltern, beschränkt durch die Grundgesetzgebung. Die Regierung ist nicht verantwortlich für die Bildung, sondern die Eltern, beschränkt durch die Grundgesetzgebung.



Das Ministerium fühlt sich nicht verantwortlich für die Bildung, sondern die Eltern, beschränkt durch die Grundgesetzgebung. Die Regierung ist nicht verantwortlich für die Bildung, sondern die Eltern, beschränkt durch die Grundgesetzgebung. Die Regierung ist nicht verantwortlich für die Bildung, sondern die Eltern, beschränkt durch die Grundgesetzgebung.

Sb3

# Grundstücksstreit jetzt im Landtag

Jen. Stadtessen hat er Bürgermeister Thomas Eulenberger (R, CDU) wegen Be-

trugs angezeigt.

**PENIG.** Der Immobilienstreit zwischen Investor Herbert Kempen (47) und der Stadtverwaltung Penig (Stadtpost berichtete) - jetzt beschalligt sich auch der böhmisches Landtag mit dem Problem.

In einer kleinen Anfrage hat die SPD-Fraktion Aufklärung über die Vorgänge gefordert. Fraktionsleiter Helmut Slier (28): „Her Kempen ist an uns herangetreten und hat uns über den

Fall informiert. Wir wollen jetzt wissen, ob das Regierungspräsidium als Aufsichtsbehörde tätig geworden ist.“ Der Peniger Immobilienstreit erhitzte bereits seit vier Jahren die Gemüter. Herbert Kempen wollte im September 1997 ein Grundstück an der Chemnitzstraße kaufen. Preis: 185 000 Mark. Doch es hatte nicht die vereinbarte Größe, Probleme mit dem Wegerecht kamen dazu. Bis heute weigert sich Kempen zu zah-

505